

Die Reaktion der Professoren

Gegen die weltweiten Studentenunruhen und ihre Versuche, die Universität zum Übungsfeld der Revolutionierung der Gesamtgesellschaft zu machen, und in Anerkennung der Tatsache, daß die Politisierung der Universität ein inzwischen irreversibles Faktum darstellt, haben sich ihrerseits die Professoren zahlreich im „Bund Freiheit der Wissenschaft“ politisch organisiert (18. 11. 1970 in Bad Godesberg). Vorbereitet wurde diese Gegenaktion durch das Marburger „Manifest zur Politisierung und sogenannten Demokratisierung der Hochschulen der Länder der Bundesrepublik Deutschland“, das am 17. 4. 1968 veröffentlicht und alsbald von fast einem Viertel aller deutschen Professoren unterzeichnet war. Der ‚Bund‘, der nach seiner Satzung „Personen aus allen Kreisen der Bevölkerung“ (§ 1), laut Programmklärung „Anhänger aller demokratischen Parteien und Mitglieder aller Gruppen von Hochschulangehörigen“ vereinigt (vgl. „Moderator“, Mitteilungen für die Mitglieder des Bundes Freiheit der Wissenschaft 3/4, März 1971, S. 11), will dem „Gesinnungsterror ideologisch fanatisierter Gruppen“ an den Hochschulen entgegenzutreten und erinnert den Staat an seine Verpflichtung „zum Schutz der inneren Freiheit“ der Universität. Dabei will er nicht mit eigenen Reformprogrammen hervortreten, vielmehr zu den vorliegenden kritisch Stellung nehmen (z. B. Hochschulrahmengesetz des Bundes, Planung von Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen). Neben der Universität gilt die Aufmerksamkeit des ‚Bundes‘ seit neuestem auch dem Schulbereich, um „linksextremistisch indoktrinierte Lehrkräfte“ (Moderator 5, Mai 1971, S. 5) abzuwehren. In dem Dreivierteljahr seines Bestehens erstreckte sich die Tätigkeit des ‚Bundes‘ auf die Abwehr der „Verteufelung“, den organisatorischen Aufbau seiner „Ortsgruppen“, die Gewinnung von „Vertrauensleuten“ und laufende Registrierung lokaler Übergriffe und Rechtsverletzungen an den Universitäten.

Kaum zufälligerweise trat gleichzeitig mit dem ‚Bund‘ ein „International Committee on University Emergency“ (ICUE) mit einem am 19. 11. 1970 in New York, London, Paris, Rom und Bonn veröffentlichten Memorandum hervor, in dem die „Rettung der Universität“ vor wissenschaftsfremden „Irrlehren“, die die „Hochschulen

in Sturmböcke politischer Aktion oder in bloße Arenen politischer Machtkämpfe verwandeln“, aufgerufen wird (vgl. Abdruck in „Moderator“ 3/4, S. 12 ff.).

Im gleichen Sinne erklärte auf einer Konferenz der Delegierten aus 30 örtlichen Komitees des Bundes in Frankfurt das prominente Vorstandsmitglied R. Löwenthal (laut „Welt“ vom 28. 6. 71), man müsse sich gegen den „zielgerichteten Angriff disziplinierter Kommunisten auf die Grundlagen der freien Forschung und Lehre“ zur Wehr setzen.

Ist das Ende der bisherigen ideologischen Auseinandersetzung eine vielfach beschworene Polarisierung durch ideologische Lager, die sich gegenseitig bekämpfen und dadurch einen Beitrag der an der Universität wirkenden Gruppen zu ihrer Reform unmöglich machen? Behindert die Politisierung der Universität wegen ihrer Indienstnahme als Speerspitze der marxistisch eingefärbten Gesellschaftsveränderung eine an den Sachzwecken der Universität orientierte pragmatische Erneuerung ihrer Struktur, ihrer Zielsetzungen, ihrer Ausbildungsgänge? Gegenwärtig scheint noch vieles für ein solches Fiasko zu sprechen. Große Teile der Professorenschaft scheinen noch so sehr dem Ideal der *reinen* freien Forschung und Lehre anzuhängen. Sie vermögen einer Reform der Universität, die von einer strikten Interdependenz von Lehre, Forschung und gesellschaftlicher Entwicklung ausgeht, nicht viel abzugewinnen. Die marxistisch orientierten ideologischen Linksgruppen unter den Studenten und Dozenten scheinen vor lauter Gesellschaft die Sachzwecke der Hochschule aus dem Auge zu verlieren. Sie sind mehr an der Frage interessiert, wie Wissenschaft selbst in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse eingreifen kann bzw. muß. Die organisatorischen und didaktischen Aspekte scheinen für sie kein würdiger Gegenstand der Hochschulpolitik zu sein. Die Hoffnungen für das langfristige Gelingen einer an den Sachzwecken orientierten Reform knüpfen sich daran, daß die reformwilligen Professoren in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Politikern sich nicht von der ideologisierten „Basis“ das Gesetz des Handelns diktieren lassen und sich in Abwehr erschöpfen. Einstweilen behält für die Zustände an den deutschen Universitäten ein Satz von Engels seine Gültigkeit: „Was jeder Einzelne will, wird von jedem anderen verhindert, und was herauskommt, ist etwas, was keiner gewollt hat.“

Kurzinformationen

Das dritte Regensburger Ökumenische Symposium zwischen Katholiken und Orthodoxen vom 16. bis 20. Juli 1971 stand diesmal unter dem Thema „Buße und Beichte“. Es wurde, wie schon das vorausgehende (vgl. HK 24, 442), von der Sektion „Kirche des Ostens“ in der ökumenischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz und der Kommission für gesamtchristliche Fragen des Ökumenischen Patriarchen zu Konstantinopel veranstaltet. Leider konnten diesmal die Vertreter der orthodoxen autokephalen Kirchen nicht so zahlreich erscheinen wie vor einem Jahr. Entsprechend der Thematik gab es zwei Schwerpunkte: Buße bzw. Metanoia ganz allgemein und Beichte und Beichtpraxis. Als Resultat der Aussprachen über die Buße ganz allgemein, wozu man exegetische und patristische Beiträge erbrachte, ergab sich, daß der Aufruf zur Buße schon in frühchristlicher Zeit unterschiedlich ausgelegt wurde. Auch die Praxis in den einzelnen Kirchenprovinzen der alten Kirche sei keineswegs einheitlich gewesen. So hätten

sich z. B. sakramentale und nichtsakramentale Praxis gegenüberstanden. Nicht selten sei der sakramentale Vollzug der Buße eher als letzter Ausweg erschienen. Ja, in der westsyrischen Kirche sei sogar das Sündenbekenntnis vor dem Priester einmal abgeschafft worden, weil ein Bruch des Beichtsiegels schweres Ärgernis hervorgerufen hatte. Dennoch sei damit der sakramentale Vollzug der Buße nicht in Frage gestellt worden. In seinem Festvortrag über „Metanoia als Grundwirklichkeit christlicher Existenz“ ging J. Ratzinger den Fragen von Innerlichkeit und Öffentlichkeit der Buße, ihres individuellen und ihres Gemeinschaftsbezugs nach und befaßte sich mit dem Problem, wie sich Festhalten am bisher Gültigen und Überschreiten des Bisherigen zu vertieftem Erfassen der Wahrheit vereinen lasse. Gegen den von den Orthodoxen erhobenen Anspruch, daß ihre Kirche als Institution schon stets im Besitz der Wahrheit und Heiligkeit sei und eine Reform nur die Glieder der Kirche angehe, wurde eingewandt, daß dies ledig-

lich eine unverbindliche theologische Lehrmeinung sei, nicht aber auf dem verbindlichen Selbstverständnis der orthodoxen Kirche beruhe. Im Rahmen der zweiten Thematik suchte man Beichte und psychotherapeutische Praxis voneinander abzugrenzen und ging der vielgestaltigen Beichtpraxis einzelner Kirchen nach (so der Serben, der Altkatholiken und der deutschen Protestanten). Für die Zukunft beschloß man, das Symposium im Interesse einer größeren Breitenwirkung nur alle zwei Jahre zu veranstalten.

Teilergebnisse einer vatikanischen Statistik der Dispensgesuche von Priestern in den Jahren 1963 bis zum 31. März 1969 gelangten in jüngster Zeit in Frankreich, Italien und in den USA in die Öffentlichkeit (vgl. „La Croix“, 27. 7. 71 und NCNS, 3. 8. 71). Die Ausarbeitung wurde im Auftrag der Glaubenskongregation von *E. Colagiovanni*, dem Bandverteidiger der römischen Rota, vorgenommen. Sie ging schon vor einiger Zeit den Bischöfen zur Kenntnisnahme zu. Die Untersuchung erstreckt sich auf 8287 Priester (rund 2,5% der Gesamtzahl von 434 541). Die Amtsniederlegungen ohne Dispensgesuch wurden auf 2800 geschätzt. Sie ergab — nach Gründen ausgewertet — folgendes Bild: 75% der Priester gaben den Zölibat als Hauptgrund und 25% als sekundäre Ursache an. Die Ablehnung des Zölibats wird mit persönlichen (Einsamkeit, ungenügende Vorbereitung im Seminar), aber auch mit pastoralen und sozialen Gründen motiviert. Im untersuchten Zeitraum fällt die überwiegende Anzahl von laisierten Priestern in die Altersgruppe zwischen 33 und 43 Jahren. Eine auf das Jahr 1969 begrenzte Analyse von 681 Dispensgesuchen führte zu folgendem Resultat: 96,49% lehnten den Pflichtzölibat ab, 23,39% gaben die gegenwärtige Kirchenordnung als Grund an, 9,39% waren psychisch unausgeglichen, und bei 4,82% lag Verlust des Glaubens vor. Die Ziffern zeigen, daß in vielen Fällen mehrere Gründe zusammenkamen und zum Dispensgesuch führten. Mit der Erleichterung der Dispensgewährung hängt der festgestellte Rückgang von Ziviltrauungen ehemaliger Priester zusammen: 1964: 53,15%, 1966: 46,69%, 1967: 39,05%, 1968: 34,21% und 1969: 25,05%. Eine auf der bisherigen Dispensquote basierende Zukunftsprognose kommt für den Zeitraum 1970 bis 1975 auf eine wahrscheinliche Verlustziffer von 20 700. Die Zahl von Neupriestern für die gleiche Zeit wird auf 15 588 geschätzt. Daraus ergibt sich eine jährliche Verlustquote von tausend Priestern. An der Untersuchung arbeitete das Statistische Amt des Vatikans mit. So mag die Auswertung der vorliegenden Zahlen exakt sein, es bleiben jedoch Zweifel an der Exaktheit des Zahlenmaterials, das der Vatikan von den Diözesen in den einzelnen Ländern erhält, da die Methoden, mit denen man zu diesem Material kam, in den wenigsten Fällen nachprüfbar sind.

Zwei Ereignisse der letzten Zeit in einem kommunistischen Land verdienen festgehalten zu werden: der **6. Internationale Mariologische Kongreß** und der **13. Internationale Marianische Kongreß**, die beide unmittelbar aufeinanderfolgend vom 6. bis 12. bzw. vom 12. bis 15. August 1971 in Zagreb (Kroatien) stattfanden. Als persönlichen Legaten hatte der Papst zu beiden Kongressen den früheren Erzbischof von Zagreb und jetzigen Präfekten der Glaubenskongregation, Kardinal *F. Šeper*, nach Jugoslawien entsandt. Der Marianische Kongreß wurde sogar von einem Vertreter des ZK der Kommunistischen Partei und der Regierung begrüßt. Der Mariologische Kongreß, zu dem rund 120 Mariologen aus 23 Ländern erschienen waren, stand unter dem Thema „Der Marienkult im 10. und 11. Jahrhundert“. Spielte sich dieser Kongreß in bescheidenem Rahmen ab, so muß man den Marianischen Kongreß mit seinem Thema „Maria und die moderne Welt“ und mit seinen vielen Hunderten von Pilgern eher als eine Manifestation bezeichnen. Dreißig Bischöfe aus aller Welt, u. a. die Kardinäle *L. Suenens* und *J. Wright*, Präfekt der Kleruskongregation, waren zugegen. Hervorzuheben sind auch die zahlreichen Gäste aus der protestantischen, der orthodoxen und aus der

anglikanischen Kirche, die zusammen mit katholischen Theologen über das Kongreßthema berieten. Zu den Hauptreferenten gehörte auch Kardinal *J. Wright* mit dem Thema „Wenn wir Christen sein wollen, müssen wir marianisch sein“. Er wandte sich in seinem Referat gegen einige katholische Theologen, die leichtfertig mit dem Glauben spielten. Kardinal Šeper warnte in seiner Eröffnungsansprache vor einer Verdrängung der Marienverehrung. Dies könnte leicht zu einer Zurückdrängung Christi selbst führen. Šeper erwartete sich vom Kongreß eine Vertiefung des Glaubens. An beide Kongresse richtete der Papst eine Botschaft. Der feierliche Abschlußgottesdienst in Maria Bistrica war wohl eine der größten Glaubenskundgebungen in Jugoslawien seit Ende des 2. Weltkrieges.

Der **Britische Rat der Kirchen (BCC)** hat Ende Juli 1971 angekündigt, er werde die Führer aller christlichen Kirchen auf den 11. bis 18. September nach Birmingham einladen, einschließlich der römisch-katholischen Hierarchie von England, Wales und Schottland. Das Thema entspringt der verbreiteten Unruhe über das künftige Schicksal der Kirchen, wobei der Eintritt Großbritanniens in die EWG Befürchtungen wie Hoffnungen erweckt. Es lautet: „Gottes Willen gemeinsam erforschen“. Man denkt im Augenblick nicht mehr an die hochfliegende Planung der letzten Jahre, bis 1980 alle nichtkatholischen Kirchen zu vereinen. Vordringlich ist die Erkundung der gesellschaftlichen Entwicklung und ihre Implikationen für eine christliche Existenz in der Kirche. Es ist nicht beabsichtigt, einen „ökumenischen Enthusiasmus“ zu verbreiten. Es geht vielmehr um die nüchterne Frage, ob den Kirchen überhaupt noch eine öffentliche und führende Rolle in der künftigen Gesellschaft möglich ist (NCNS, 26. 7. 71 und epd, 4. 8. 71). Die zehn Tage der gründlich vorzubereitenden Kirchenkonferenz, zu der neben dem Erzbischof von Canterbury, *M. A. Ramsey*, auch Kardinal *Heenan* von Westminster erwartet wird — er soll ein eigenes Grundsatzreferat halten —, werden regelmäßige Gottesdienste, Bibelstudien und Weltanalysen durch Fachleute bieten. Man setzt große Hoffnung auf die 40 römisch-katholischen Delegierten, obwohl sie nur ein Zehntel der Versammlung ausmachen werden. Ohne langatmige Resolutionen will man mit einer „Botschaft an die Nation“ schließen. Die frühzeitige Bekanntgabe des Plans zeigt nicht nur die herrschende Alarmstimmung, sie soll auch die Christen rechtzeitig auf das Ereignis vorbereiten und zur Mitarbeit anregen. Verglichen mit der analogen Lage in der Bundesrepublik, sind die englischen Kirchenführer den deutschen weit voraus.

Ein Memorandum der **Indischen Bischofskonferenz zur geplanten Liberalisierung der Abtreibung** wurde Anfang Oktober vom Generalsekretär der Konferenz, Erzbischof *A. Fernandes*, der indischen Ministerpräsidentin *I. Gandhi* überreicht (NCNS, 4. 8. 71). Direkter Anlaß für diese Stellungnahme war die augenblickliche Beratung über einen Gesetzesänderungsentwurf im Unterhaus, der vom Oberhaus bereits verabschiedet worden ist. Er sieht die Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung über den Rahmen der bisher einzig erlaubten medizinischen Indikation hinaus vor. Die Bischöfe betonen, daß sie jedem Erwachsenen das Recht zugestehen, seinem eigenen Gewissen zu folgen. Sie seien wohlwollend all den schwangeren Frauen gegenüber eingestellt, die mißgebildete Kinder erwarten müßten, die für die Gesundheit oder gar ihr Leben dabei fürchten müßten oder die sich schämten, weil die Schwangerschaft durch Vergewaltigung, Inzest oder außereheliche Beziehungen hervorgerufen worden ist. Allerdings gebe es bis heute keinerlei Beweise, daß durch Zugeständnisse in der Abtreibungs-Gesetzgebung alle diese Probleme gelöst würden. Im Gegenteil verschlimmere sich die Situation dadurch noch wegen der mit der Abtreibung verbundenen psychischen Belastungen. Die Bischöfe wiesen noch einmal darauf hin, daß sie erst kürzlich (am 1. Mai) „die weitblickenden Pläne der Regierung zur Errichtung einer gerechten und menschlichen Gesellschaft“ begrüßt haben. Bei dieser Gelegenheit hatten sie

besonders die Bemühungen der Regierung um ein Spezialprogramm der Beratung und Anleitung für eine verantwortliche Elternschaft herausgestellt. Jetzt stellten sie deshalb fest: „Die Gesellschaft ist krank und braucht mehr Beachtung als die einzelnen Mütter, die Opfer der sozialen Mißstände sind. Die Gesellschaft verachtet geistig oder körperlich behinderte Kinder, anstatt sie zu betreuen und ihnen besondere Hilfe zu gewähren. Es ist die Gesellschaft, die das Leben eines unehelichen Kindes oder seiner Mutter erschwert, obwohl beide Schutz und Sorge einer verständnisvollen Gemeinschaft erwarten sollten.“ Abtreibung nennen die Bischöfe „nur einen anderen Namen für Mord“. Die Genfer Erklärung der Weltgesundheitsbehörde, in der alle Ärzte zu Respekt vor dem menschlichen Leben vom Zeitpunkt der Empfängnis an aufgerufen werden, ist für die Bischöfe Anlaß, auf die Bedeutung dieser Frage über den religiösen Bereich hinaus hinzuweisen. Schließlich erwähnen sie die eigene indische Tradition, die konstant „die Heiligkeit des Lebens auf allen Stufen“ bewahrt habe. Sie zitieren *Mahatma Gandhi*, der 1935 erklärte: „Es ist eine Sünde, unerwünschte Kinder zur Welt zu bringen. Aber ich denke, es ist eine größere Sünde, die Konsequenzen der eigenen Handlung zu umgehen zu versuchen.“ Kardinal *J. Parecattil* von Ernakulum hatte sich bereits Anfang Juli in einem Hirtenbrief sowohl gegen die Abtreibung als auch gegen vorübergehende oder ständige Methoden der Empfängnisverhütung gewandt. Ausgangspunkt für den zweiten Punkt war wahrscheinlich die Einrichtung einer Zentralstelle für Sterilisation in der Stadthalle von Cochin durch die Regierung von Kerala. Gegen eine Vergütung von ca. 20 \$ ließen sich allein in der ersten Woche fast 10 000 Männer sterilisieren (nach NCNS, 15. 7. 71).

In den letzten Wochen war eine erneute Verschlechterung im Verhältnis zwischen Staat und Kirchen in Südafrika festzustellen. Hatte es Anfang März plötzlich so ausgesehen, als sei die Regierung *Vorster* zu einem Einlenken bereit (vgl. HK 25, S. 222), so zerschlugen sich spätestens Anfang Juni alle Hoffnungen. Nach langwierigen und intensiven Vorbereitungen, nach Konsultationen und umfangreicher Korrespondenz scheiterte vorläufig die geplante Aussprache zwischen Vertretern der südafrikanischen Kirchen und des Weltkirchenrates. Aus der inzwischen vorliegenden Dokumentation (öpd-Monatsausgabe Juli 1971) läßt sich die Entwicklung vom Tag der ersten Ankündigung bis zur Absage durch Genf genau ablesen. Die Absage durch den Generalsekretär *E. C. Blake* war unabwehrbar geworden, nachdem Premierminister *Vorster* unerwartet in die Vorbereitung eingegriffen und das Treffen von folgenden Bedingungen abhängig gemacht hatte: 1. Die Tagesordnung sollte lauten: „Die Zuwendung des ÖRK an Terroristen in Südafrika und die Reaktionen der südafrikanischen Mitgliedskirchen in Form ihrer jeweiligen Entschließung gegen diesen verabschueungswürdigen Beschluß.“ 2. Die Delegation dürfe das „Internationale Hotel“ am Flugplatz nicht verlassen und nicht länger als für die tatsächliche „Konfrontation“ bleiben. 3. Die Zahl der angekündigten Delegationsmitglieder sei zu groß, um „eine so eindeutige Angelegenheit zu diskutieren“. Aus der entsprechenden Weiterleitung dieses Schreibens durch die Vertretung der südafrikanischen Kirchen geht das Bedauern über diese Entwicklung und die Ohnmacht gegenüber den Bedingungen der Regierung klar hervor. Die Antwort von *E. C. Blake* war sehr scharf, eine spätere Konsultation wurde jedoch nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Noch nicht abzusehen sind die Folgen des Prozesses gegen den anglikanischen Dekan von Johannesburg, *Ffrench-Beytagh*, der Anfang August begann. Ihm wird vorgeworfen, sich gegen das südafrikanische Terroristengesetz vergangen zu haben. Bisher stützt sich die Anklage fast ausschließlich auf Aussagen eines als Gemeindeglied getarnten, in die Pfarrei eingeschmuggelten Geheimdienstmannes. Anfang Juli bereits war der Franziskanerpater *C. Desmond* unter Hausarrest gestellt worden, was nach den bisherigen Erfahrungen einer Haft gleichkommt; nur ist zunächst kein Prozeß notwendig. Die katholische südafrikanische Zeitschrift „Southern Cross“ griff die Regierung

wegen ihrer Maßnahme scharf an und meinte, durch die Behauptung, es handle sich um eine „Vorsichtsmaßnahme“, maße sich die Regierung „nahezu prophetische Fähigkeiten“ an. Pater *Desmond*, der Mitglied des „Christlichen Instituts“ in Johannesburg ist, hatte besonders auf die negativen Ergebnisse der Rücksiedelungspolitik für Eingeborene hingewiesen (vgl. epd, 7. 7. 71). „Amnesty International“ hat sich inzwischen des „Falles Desmond“ angenommen (NCNS, 4. 8. 71). Die Unruhe in Südafrika verschärft sich noch durch neue Aktivitäten der „Schwarzen Theologie“, die soeben die katholische Bischofskonferenz bei ihren Verhandlungen störte, sie des Rassismus beschuldigte und einen schwarzen Bischof forderte.

Blutige Auseinandersetzungen zwischen Moslems und Christen auf den Philippinen haben nach bisher vorliegenden Meldungen mehr als 1000 Menschenleben gefordert. Die in Hongkong erscheinende „Far Eastern Economic Review“ veröffentlichte am 3. Juli erstmals genauere Angaben über Ursachen und Ausmaß der Unruhen. Seit Anfang März 1971 waren zwar immer wieder Gerüchte über einen angeblichen „Religionskrieg“ aufgetaucht. Bestätigungen oder Einzelheiten darüber waren jedoch nicht zu erhalten. Seit Juli vergangenen Jahres sollen die Auseinandersetzungen auf den südlichen Inseln der Philippinen, besonders auf der Insel Mindanao, andauern. Allgemein galten die früheren Feindseligkeiten als ausgestanden (vgl. HK 23. Jhg., S. 30). Der neue Ausbruch von Feindseligkeiten beruht weitgehend auf Sezessionsbestrebungen der islamischen Bevölkerung. Sie macht ein Erbrecht auf den Besitz des fruchtbaren Landes der südlichen Inseln geltend. Die Christen dagegen, die später als Siedler in diese Gegend kamen, verweisen auf Kaufverträge oder Gewohnheitsrechte. Im Hintergrund dürfte das Unbehagen der Moslems an einer Bevormundung durch Katholiken in Manila und in ihren Provinzen stehen. Nach Unterlagen aus Hongkong versuchte Präsident *F. Marcos* vor sechs Monaten, alle Berichte über die Vorgänge aus der Presse fernzuhalten. Er rief die Verantwortlichen aus der Provinz zusammen und machte Versprechungen über eine baldige Beruhigung der Lage. Die Ortschaften, die am stärksten unter den Kämpfen zu leiden hatten, stellte er unter Kontrolle der philippinischen Polizeitruppen. Dadurch verschlimmerte sich die Lage aber noch mehr. Der Gouverneur *S. Datumanong* schätzt die Zahl der Toten seit Einsatz der Polizeitruppen auf 800 und die der abgebrannten Häuser auf 2000. Mitte Juni schließlich sollen 23 Mitglieder einer bewaffneten „Christlichen Illongo-Gruppe“ unter dem Vorwand von Friedensgesprächen 70 Moslems in der Moschee von Manili zusammengetrieben und erschossen haben. Sie gaben ihre Tat als Rache für Brandstiftung durch die Moslem-Truppen („Schwarz-Hemden“) aus. Die gut organisierte Truppe der Christen nennt sich „Ilagas“ (Ratten). Die Moslems werden von der MIM (Mindanao Independence Movement), die Katholiken von den Grundbesitzern gestützt. Soeben hat Präsident *Marcos* nach erneutem Blutvergießen die führenden Offiziere der Polizeitruppen abgesetzt und ein parallellaufendes Programm der „Durchdringung des Landes mit Soldaten“ und der Fürsorge für die mittlerweile ca. 70 000 Obdachlosen begonnen. Fluchtbewegungen in sicherere Gebiete halten seit Wochen an. Aus dem Zusammenleben der beiden religiös verschiedenen Gruppen scheint sich eine vollkommene Trennung zu entwickeln. Die Eskalation von Vergeltung und Rache verschärft sich zusehends, da sich sowohl die unter islamischem als auch die unter christlichem Banner kämpfenden Terroristen immer mehr verselbständigen und ohne Kontrolle agieren. Nach erneuten heftigen Kämpfen, in die die Armee mit Artillerie und Hubschraubern eingriff, beschuldigten vier philippinische Moslem-Organisationen die Regierung in Manila des Völkermordes. Sie wandten sich an die UN, den Papst und 31 verschiedene Regierungen um Hilfe und Verständnis. Die „Manila Times“ vom 1. Juli hob besonders hervor, daß der Papst gebeten worden sei, seinen Einfluß auf die katholische Mehrheit der philippinischen Bevölkerung geltend zu machen, damit den Verbrechen an der Moslem-Bevölkerung ein Ende bereitet werde.